SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 36/19 • 10.10.2019

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Die European Week of Regions and Cities (EWRC) hat unsere Arbeit in dieser Woche stark geprägt.

Am 08. Oktober hat Sachsen-Anhalt mit Partnern in der Landesvertretung die Veranstaltung „The role of regional innovation ecosystems in the future of the EU“ ausgerichtet.

Am Mittwoch, den 09. Oktober reiste Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff an zur High-Level-Konferenz des Europäischen Ausschusses der Regionen zum Wandel in den Kohleregionen. Neben dem Ministerpräsidenten sprachen EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger und hochrangige Vertreter anderer Kohleländer wie z.B. Polen oder Spanien. Themen waren die Strukturpolitik in den über 40 Kohleregionen und die Rolle der EU.

Ebenfalls reiste StS Dr. Ude nach Brüssel, um am Mittwoch als Sprecher an dem Meeting der Automotive-Intergroup des AdR teilzunehmen „1st Regional Summit on Autonomous Driving“.

Die jährlich stattfindende EWRC – früher „Open Days“ genannt, bietet einem großen Publikum von Fachleuten die Gelegenheit in nur wenigen Tagen an über 300 Veranstaltungen zu einer großen Themenbreite teilzunehmen.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 2

Aus den Institutionen 4

- Europäische Kommission - Rechtsrahmen für Blockchain-Technologien
- Europäische Kommission - IPCC-Bericht zu Weltmeeren ist weiterer Weckruf
- Laura Codruța Kövesi zur ersten Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt
- Europäischer Gerichtshof - Zwei neue Richter aus Deutschland
- Rechnungshof - EU-Institutionen verlieren an Attraktivität als Arbeitgeber
- Europäische Woche der Regionen und Städte - Feierliche Eröffnung und Debatte zu den Themen Solidarität, Nachhaltigkeit und Bürgernähe
- Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse REGI (EP) und COTER (AdR) im Ausschuss der Regionen
- Ausschuss der Regionen – 136. Plenartagung vom 7. bis 9. Oktober 2019 in Brüssel

Aus den Fachbereichen 11

- Mehr Schutz für Whistleblower in der EU beschlossen
- Leiser und klimafreundlicher - EU fördert vier deutsche Verkehrsprojekte
- Stahlimporte - Änderungen der bestehenden Schutzmaßnahmen
- Mehr Reparieren, mehr Recyceln - Neue EU-Vorschriften für mehr Energieeffizienz von Haushaltsgeräten
- EU hat Medizin-Nobelpreisträger unterstützt
- Leitfaden für Anwendung der Vorschriften für die Entsendung von Arbeitnehmern veröffentlicht
- EU schützt geografische Angabe von Lebensmitteln noch stärker
- München, Berlin, Stuttgart, Karlsruhe, Weimar und Heidelberg gehören zu Top-Kreativstädten in Europa
- Erster „Horizon Impact Award" - Deutsches Projekt für seltene Krankheiten gewinnt Preisgeld
- Deutscher Hersteller von eBike-Antrieben profitiert von EU-Investitionsoffensive

Was, wann, wo 19

- Europäische Woche der Regionen und Städte 2019: Workshop zu Regionalen Innovationsökosystemen in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt
- Ministerpräsident Dr. Haseloff spricht auf hochrangiger Kohlekonferenz

Ausschreibungen 22

- KOM – Stellenausschreibung Hauptberater DG MOVE
- EBA – Stellenausschreibung Exekutivdirektor
- KOM – Erasmus Leitaktion 3
- EU-Programmierwoche 2019 startet mit Online-Kurs
- Maßnahmen der EU gegen Desinformation

Kontaktbörse 24

- Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche

Büro intern / Tipp 27
- Neu in der Landesvertretung – Hospitantin Andrea Lindemann
- GOEUROPE - Quizfragen

Ihr Kontakt zu uns 31

Impressum 32

Aus den Institutionen

Zurück zur Übersicht

Europäische Kommission - Rechtsrahmen für Blockchain-Technologien

Der wissenschaftliche Dienst der Europäischen Kommission, die Gemeinsame Forschungsstelle, hat am 8. Oktober einen neuen Bericht veröffentlicht, der die Herausforderungen und Auswirkungen von dezentralen Transaktionsnetzwerken untersucht. Der Bericht „Blockchain jetzt und morgen" erläutert ausführlich, wie die Blockchain-Technologie in Zukunft in den Bereichen Finanzen, Industrie und Handel sowie im öffentlichen Sektor eingesetzt werden kann.

Im Finanzbereich versprechen Blockchain und dezentrale Transaktionsnetzwerke eine Senkung der Kosten, die mit dem gesamten Lebenszyklus eines Finanzinstruments (Emission, Handel, Abwicklung usw.) verbunden sind, bei gleichzeitiger Vereinfachung des Emissionsprozesses und einer deutlichen Verkürzung der Clearing- und Abwicklungszeit.
In der öffentlichen Verwaltung ersetzen Blockchain-Systeme nicht die bestehenden Systeme, die an der Erbringung von Dienstleistungen beteiligt sind, sondern müssen in diese Systeme integriert werden, um zusätzliche neue Funktionalitäten bereitzustellen, die den Bürgern mehr Sicherheit bieten.
Blockchain ist die Technologie hinter Bitcoin und anderen Kryptowährungen, hat aber das Potenzial, die Art und Weise, wie wir eine viel breitere Palette von Vermögenswerten austauschen, zu verändern. Sie könnte den sicheren digitalen Transfer von Geld, Verträgen, Landtiteln, Daten, Dienstleistungen und anderen Werten ohne Einschaltung von Vermittlern ermöglichen. Die Verwendung der Technologie zu diesen Zwecken steckt jedoch noch in den Kinderschuhen und bingt komplexe Herausforderungen mit sich. So wirft beispielsweise die für den Betrieb einer Blockchain erforderliche Rechenleistung Fragen zur Energieeffizienz auf. Die Politik steht auch vor der Aufgabe, zu prüfen, ob die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen dem Schutz der Menschen beim Austausch von Daten und Vermögenswerten gerecht werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 8. Oktober 2019
Bericht „Blockchain Now and Tomorrow"

Europäische Kommission - IPCC-Bericht zu Weltmeeren ist weiterer Weckruf

Die EU-Kommissare Miguel Arias Cañete (Klimaschutz), Karmenu Vella (Umwelt und Maritimes) und Carlos Moedas (Forschung und Innovation) fordern eine entschlossene Reaktion auf den neuesten Bericht des Weltklimarates zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Weltmeere. „Die Schlussfolgerungen sind eindeutig: Die vom Menschen

verursachte globale Erwärmung verändert unsere Ozeane drastisch. Sie erwärmen sich, werden säurehaltiger, enthalten weniger Sauerstoff. Der Meeresspiegel steigt viel schneller als erwartet. Die Weltmeere können nur dann gesund bleiben, wenn wir die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Die EU fordert daher erneut die ehrgeizige Umsetzung des Pariser Abkommens." Der Bericht sei ein weiterer Weckruf, erklärten die Kommissare. Ziel der EU ist es, bis zum Jahr 2050 zum ersten CO_2-neutralen Kontinent zu werden.

Der Sonderbericht des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Meere und Eisflächen soll politischen Entscheidungsträgern auf der ganzen Welt eine solide wissenschaftliche Grundlage für ihre Bemühungen bieten, die Wirtschaft zu modernisieren, den Klimawandel zu bekämpfen und seine Auswirkungen auf die Ozeane zu bewältigen.

In New York hat der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, zudem das Engagement der EU die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Vereinten Nationen bekräftigt. In einer Rede beim UN-Gipfel zu den SDG sagte er: „Die Europäische Kommission hat bereits einen umfassenden Europäischen Green Deal versprochen. Unser Ziel ist es, die EU in den nächsten drei Jahrzehnten zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, den Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu intensivieren, die Umweltverschmutzung auf unserem Kontinent zu verringern, unser gesamtes Nahrungsmittelsystem vom Erzeuger bis zum Verbraucher zu verändern, in eine Kreislaufwirtschaft überzugehen und unsere Verkehrssysteme völlig sauber und intelligenter zu machen." Er plädierte für einen starken Multilateralismus, um die gemeinsam gesetzten Ziele zu erreichen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Statement der Kommissare Cañete, Vella und Moedas
Website des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)
Website zur Internationalen Meerespolitik der EU
Mitschnitt der Rede von Frans Timmermans beim UN Gipfel zu den nachhaltigen Entwicklungszielen

Laura Codruța Kövesi zur ersten Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt

Die Rumänin Laura Codruța Kövesi wird erste Europäische Generalstaatsanwältin. Darauf haben sich Europäisches Parlament und die Mitgliedsstaaten am 25. September verständigt. Durch länderübergreifenden Betrug entgehen den Haushalten der EU-Mitgliedstaaten Jahr für Jahr Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von mindestens 50 Mrd. Euro. Als unabhängige und dezentrale EU-Strafverfolgungsbehörde kann die EU-Staatsanwaltschaft künftig bei Delikten wie Betrug, Korruption oder schwerem länderübergreifendem Mehrwertsteuerbetrug ermitteln, strafrechtlich verfolgen und Anklage erheben. Die Verordnung zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft im Rahmen der

Verstärkten Zusammenarbeit wurde am 12. Oktober 2017 angenommen und trat am 20. November 2017 in Kraft. Derzeit beteiligen sich 22 EU-Mitgliedstaaten an der Europäischen Staatsanwaltschaft. Ihr Sitz ist in Luxemburg. Frau Kövesi wird für eine nicht verlängerbare Amtszeit von sieben Jahren ernannt. Als Leiterin vertritt sie die Europäische Staatsanwaltschaft nach außen. Intern sorgt sie für reibungslose Arbeitsabläufe. Von 2013 bis 2018 leitete Laura Codruța Kövesi die höchste Antikorruptionsbehörde in Rumänien. • *eag Quelle: PM KOM*

Weiterführende Informationen:
Zur Europäischen Staatsanwaltschaft
Factsheet

Europäischer Gerichtshof - Zwei neue Richter aus Deutschland

Im Zuge der dritten und letzten Stufe der Reform des Europaischen Gerichtshofs in Luxemburg (EuGH) werden auf Vorschlag Deutschlands Johannes Laitenberger und Gabriele Steinfatt ihr Amt als Richter in Luxemburg antreten. Der Jurist Laitenberger, 55, war an prominenter Stelle als Beamter der EU-Kommission tatig, zuletzt als Generaldirektor der Generaldirektion Wettbewerb. Gabriele Steinfatt, 42, arbeitete bisher als Richterin am Oberverwaltungsgericht in Bremen. Die personelle Aufstockung am EuGH wurde notwendig, weil der Gerichtshof zusatzlich nun auch fur Rechtsstreitigkeiten zustandig ist, die den offentlichen Dienst der Europaischen Union betreffen. Deshalb wird die Zahl der Kammern des Gerichts von neun auf zehn steigen. Vier Kammern werden sich mit juristischen Fragen beschaftigen, die den offentlichen Dienst der EU betreffen. Sechs Kammern bearbeiten Rechtsfalle rund um Fragen des geistigen Eigentums. Alle anderen Verfahren werden auf die Kammern des EuGH verteilt. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 15/2019*

Reform des Kammersystems am EuGH

Rechnungshof - EU-Institutionen verlieren an Attraktivität als Arbeitgeber

Dank der Personalreform von 2014 werden die EU-Institutionen im Zeitraum 2014-2020 insgesamt 4,2 Mrd. Euro eingespart haben. Langfristig sinken die Personalkosten um zusätzliche 1,5 Mrd. Euro pro Jahr. Laut einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hat die EU-Kommission dabei ihre Ziele übererfüllt. Die obersten Rechnungsprüfer zeigen allerdings auch die Schattenseiten auf. „Das Sparen hat seinen Preis: Zu wenige Deutsche interessieren sich noch für die EU-Institutionen", sagte Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland. Besonders bei Berufseinsteigern verliert die EU als Arbeitgeber hierzulande an Attraktivität. Deutsche sind in den EU-weiten Auswahlverfahren deutlich unterrepräsentiert.
Die Personalreform von 2014 hat einen Stellenabbau bei den EU-Bediensteten um fünf Prozent gebracht. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum (2015-2018) ist in Deutschland die Zahl

der Beschäftigten aller öffentlichen Arbeitgeber des Bundes um 3,6 Prozent gewachsen. Die Stellenstreichungen auf EU-Ebene sind dabei nicht mit weniger, sondern mit zusätzlichen Aufgaben für die Europäische Union einhergegangen: Die Bewältigung der Herausforderungen der Migration, der Aufbau einer Sicherheitsunion und die Umsetzung der Investitionsoffensive für Europa sind nur einige Beispiele.

„Nur mit einem europäischen öffentlichen Dienst, der die besten Köpfe aus ganz Europa anzieht, können wir die künftigen Herausforderungen und Projekte der Union meistern: den Kampf gegen den Klimawandel, die digitale Revolution, die Sicherung der Stellung Europas in einer Welt mit immer stärkeren Konkurrenten", erklärte Wojahn: „Genau deshalb brauchen wir im Maschinenraum der EU in den kommenden Jahren auch ein stabiles Budget."

Der Rechnungshof weist darauf hin, dass die Kommission und EU-Institutionen im Absolventenbarometer des Trendence-Instituts im Jahr 2016 den 15. Platz unter den beliebtesten potenziellen Arbeitgebern in der EU belegten. Die nach Ländern aufgeschlüsselten Ergebnisse zeigen erhebliche Unterschiede, wie attraktiv die Kommission als Arbeitgeber wahrgenommen wird. Demnach lag die Kommission in Frankreich auf Platz 7 (4,8 Prozent) und in Spanien auf Platz 15 (3,5 Prozent), in Deutschland jedoch nur auf Platz 31 (2,2 Prozent).

Die Folge: Deutschland verfügt in den Einsteiger-Besoldungsgruppen AD 5-8 über deutlich weniger EU-Bedienstete, als gemessen an seiner erwerbstätigen Bevölkerung im Vergleich zu anderen EU-Staaten verhältnismäßig wäre. Wäre die Bilanz geografisch ausgeglichen, würden mehr als 500 Deutsche mehr in diesen Besoldungsgruppen bei der Europäischen Kommission arbeiten.

„Ungünstigere Beschäftigungsbedingungen haben die Attraktivität der EU als Arbeitgeber gemindert, und das in einer Zeit, in der sie in etlichen Mitgliedstaaten ohnehin Schwierigkeiten hat, ausreichend Personal zu gewinnen", schlussfolgert auch der Rechnungshof. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes: Umsetzung des Personalreformpakets 2014 bei der Kommission – hohe Einsparungen, aber nicht ohne Folgen für die Bediensteten

Europäische Woche der Regionen und Städte - Feierliche Eröffnung und Debatte zu den Themen Solidarität, Nachhaltigkeit und Bürgernähe

Am **7. Oktober** wurde die 17. Europäische Woche der Regionen und Städte feierlich von hohen Vertretern der Europäischen Institutionen in Brüssel eröffnet, darunter **Klára Dobrev**, die für die Beziehungen zum Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) zuständige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. In einer Debatte zum Thema „Die Regionen und Städte: Grundpfeiler für die Zukunft der EU" führten drei junge KommunalpolitikerInnen aus, wie sie sich vor Ort für Solidarität, Nachhaltigkeit und Bürgernähe einsetzen. **Elżbieta Bieńkowska**, für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission (KOM), lobte die AdR-Initiative „Regional Hubs" – eine Plattform, die lokale und regionale Akteure durch Konsultationen zur Umsetzung von EU-

Gesetzgebungen einbezieht. **Karl-Heinz Lambertz**, Präsident des AdR, forderte im Rahmen der aktiven Subsidiarität dazu auf, lokale und regionale Gebietskörperschaften in die EU-Gesetzgebungsprozesse miteinzubeziehen. Sachsen-Anhalt wurde von **Herrn Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR vertreten. • *sv*

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse REGI (EP) und COTER (AdR) im Ausschuss der Regionen

Im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte (EWRC) fand **am 8. Oktober** eine gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlamentes (EP) und von der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Ziel der Veranstaltung war es, sich zum Stand der Verhandlungen über die künftige Kohäsionspolitik über das Jahr 2020 hinaus gemeinsam mit **Johannes Hahn**, dem für Regionalpolitik zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission, auszutauschen. Johannes Hahn hofft auf ein zügiges Vorgehen nachdem die Triloge nun wieder angelaufen seien. Als zukünftiger Haushaltskommissar rief er die Vertreter von EP und AdR auf, in ihren Regionen und Mitgliedstaaten Druck auszuüben, um den Rat zu beschleunigten Verhandlungen während der finnischen Ratspräsidentschaft zu bewegen.
In seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR und als Berichterstatter der AdR-Stellungnahme zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020, forderte **Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider** die Europäische Kommission (KOM) und EP dazu auf, ehrgeizig zu sein und weiter Verwaltungsaufwand und Kontrolldichte zu reduzieren. Die Taskforce Subsidiarität biete in ihrem Abschlussbericht konkrete Vereinfachungen an. • *sv*

Ausschuss der Regionen – 136. Plenartagung vom 7. bis 9. Oktober 2019 in Brüssel

Vom 7. bis 9. Oktober 2019 fand die 136. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt.
Die Sitzung begann mit einer Debatte über die Regionalentwicklungspolitik nach 2020.

Younous Omarjee (FR/GUE/NGL), Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des EP warb für das Alleinstellungsmerkmal der Regionalpolitik: Die Kohäsionspolitik dürfe nicht für andere Politiken, wie das Europäische Semester oder das Finanzinstrumentesystem, geopfert werden. Im Gegenteil – alle Politiken sollten der Kohäsionspolitik dienen, die dem Bürger zugutekomme.
In der Debatte begrüßte **Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR den Redner. Er freue sich auf eine gute

Zusammenarbeit beider Ausschüsse. Zudem betonte er seine Unterstützung für den „Just Transition Fund". Jedoch müsse jede neue Priorität mit frischem Geld ausgestattet werden und nicht auf Kosten anderer Fördermitteln finanziert werden.
Anschließend debattierte **Günther H. Oettinger**, für Haushalt und Personal zuständiges Kommissionsmitglied, mit den AdR-Mitgliedern über die Entwicklungen in den interinstitutionellen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Er hoffe auf eine vorläufige Einigung bei allen 18 Programmen bis Ende November. Im Oktober-Rat der nächsten Woche werde der MFR auf der Tagesordnung stehen. Er bat die AdR-Mitglieder, ihre nationalen Regierungen zu überzeugen eine rasche Einigung anzustreben. Sollte es 2019 keine Einigung geben, könne es Finanzierungslücken in 2021 geben zu einem Zeitpunkt, in dem eine wirtschaftliche Stagnation drohe.
Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider bedankte sich für das starke Engagement des Kommissars im AdR in den letzten Jahren. Er unterstütze seinen ehrgeizigen Zeitplan zu den MFR-Verhandlungen. Eine verspätete Annahme habe bereits in der laufenden Finanzierungsperiode zu schwerwiegenden Folgen, wie einer geringen Absorptionsquote, geführt. Lokale und regionale Gebietskörperschaften brauchten Planungssicherheit. Im Anschluss wurde eine Entschließung zu den Entwicklungen in den interinstitutionellen Verhandlungen über den MFR 2021-2027 verabschiedet.
Insgesamt standen 16 Stellungnahmen und zwei Entschließung zur Verabschiedung auf der Tagesordnung. • *sv*
Foto: AdR

Aus den Fachbereichen

Zurück zur Übersicht

Mehr Schutz für Whistleblower in der EU beschlossen

Neue EU-Regeln garantieren Hinweisgebern, sogenannten Whistleblowern, künftig EU-weit einheitliche Standards für ihren Schutz. Die am 7. Oktober von den Mitgliedstaaten beschlossenen Vorschriften verpflichten öffentliche und private Organisationen als auch Behörden dazu, sichere Kanäle für die Meldung von Missständen einzurichten, so dass Hinweisgeber Verstöße gegen das EU-Recht möglichst gefahrlos melden können.
Die neuen Regeln decken ein breites Spektrum an EU-Rechtsbereichen ab, unter anderem die die öffentliche Auftragsvergabe, Finanzdienstleistungen, Geldwäsche, Produkt- und Verkehrssicherheit, nukleare Sicherheit, die öffentliche Gesundheit sowie den Verbraucher- und Datenschutz.
Die neuen Vorschriften umfassen im Wesentlichen folgende Punkte:

- Einrichtung von Meldekanälen innerhalb von Unternehmen und Verwaltungen
- Hierarchie der Meldekanäle
- Zahlreiche Profile, die durch die neuen Vorschriften geschützt werden
- Ein breiter Anwendungsbereich
- Unterstützung und Schutzvorkehrungen für Hinweisgeber
- Rückmeldepflichten für Behörden und Unternehmen

Der Rechtsakt wird nun förmlich unterzeichnet und im Amtsblatt veröffentlicht. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die Vorschriften in nationales Recht umzusetzen.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 7. Oktober 2019
Fragen und Antworten zum Schutz von Hinweisgebern

Leiser und klimafreundlicher - EU fördert vier deutsche Verkehrsprojekte

Leisere Bremsen für deutsche Güterwagen, Modernisierung des Kieler Hafens und schnellere Bahnverbindung zwischen Bremen und Groningen: Die EU investiert über 117 Mio. Euro in 39 europäische Verkehrsprojekte im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF). Sie tragen zum Aufbau fehlender Verbindungen auf dem gesamten Kontinent bei und konzentrieren sich gleichzeitig auf nachhaltige Verkehrsträger. Aus Deutschland werden vier Projekte gefördert. Dies hat die EU-Kommission am 27. September in Brüssel bekanntgegeben.
Verbundbremsen in deutschen Güterwaggons werden den Schienenlärm reduzieren. Dadurch wird die Lärmbelastung durch diese Züge, die in ganz Europa verkehren, erheblich reduziert. Der Betreiber DB Cargo hat bereits rund 40.000 Waggons umgebaut und wird bis Ende 2023 fast 11.000 weitere Wagen umbauen. EU-Unterstützung: 2,73 Mio. Euro (2019-DE-TA-0001-W, S.26).

Der Verband der Güterwagenhalter e.V. koordiniert ein weiteres Projekt zu Lärmreduzierung, für das eine Förderung von rund 2,5 Mio. Euro vorgesehen ist. (2019-EU-TA-0012-W, S.37)
Der Kieler Hafen wird modernisiert, um die Effizienz zu steigern und den Straßengüterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Das Projekt wird eine umweltfreundliche Stromversorgung für Schiffe ermöglichen, den Zugang zum kombinierten Verkehr verbessern und eine dritte Eisenbahnlinie einrichten. EU-Unterstützung: 1,6 Mio. Euro (2019-DE-TA-0041-W, S.27).
Die grenzüberschreitende Bahnverbindung zwischen Bremen in Deutschland und Groningen in den Niederlanden wird verbessert. Damit wird die Fahrgeschwindigkeit der Züge von 80-100 km/h auf 120-130 km/h erhöht. Es werden mehr Züge eingesetzt, die weniger Lärm emittieren und sicherer sind. EU-Unterstützung: 12,7 Mio. Euro (2019-EU-TA-0003-W, S.36).
Die Projekte wurden im Rahmen einer am 8. Januar in allen EU-Mitgliedstaaten eingeleiteten Ausschreibung zur Finanzierung ausgewählt. Der finanzielle Beitrag der EU erfolgt in Form von Zuschüssen, wobei die Kofinanzierungssätze je nach Projekttyp unterschiedlich sind.
Nachdem die EU-Mitgliedstaaten den Vorschlag genehmigt haben, wird die Kommission in den nächsten Tagen eine förmliche Entscheidung erlassen. Die Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) der Kommission wird dann spätestens im Januar 2020 die Finanzhilfevereinbarungen mit den Projektbegünstigten unterzeichnen.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Die vollständige Pressemitteilung
Liste der ausgewählten Projekte
F&A: Wie werden die Projekte ausgewählt?
Weitere Informationen zu ausgewählten Projekten
Verkehrsinfrastruktur & Investitionen
INEA - Exekutivagentur für Innovation und Netzwerke

Stahlimporte - Änderungen der bestehenden Schutzmaßnahmen

Die Europäische Kommission hat Änderungen der bestehenden Schutzmaßnahmen für Stahl veröffentlicht. Die Anpassungen werden die bestehenden Schutzmaßnahmen für Stahl wirksamer machen und sicherstellen, dass sie an die aktuelle Situation im Stahlsektor angepasst sind. Dazu gehören Verbesserungen bei der Höhe des Zollkontingents, unter anderem für warmgewalzten Flachstahl und Stahl für den Automobilsektor, eine aktualisierte Liste der Ausnahmen für Entwicklungsländer auf der Grundlage neuerer Einfuhrstatistiken und eine langsamere schrittweise Erhöhung der Einfuhrkontingente.
Für warmgewalzten Stahl hat die Kommission beschlossen eine einzige quartalsweise geltende Regelung globaler Zollkontingente einzuführen, um Versorgungsengpässe zu verhindern, die bei einer länderspezifischen Zuteilung unbeabsichtigt entstehen können. Um die Zollkontingente für Stahl für den Automobilsektor einzuhalten, hat die Kommission die Regelung so angepasst, dass überprüft werden kann, ob die Stahlerzeugnisse tatsächlich für die Herstellung von Fahrzeugteilen verwendet werden.
Der Vorschlag der Kommission, die Anpassungen an den bestehenden Schutzmaßnahmen für Stahl fortzusetzen, erhielt eine breite Unterstützung von den EU-Mitgliedstaaten und wurde zu Beginn des Prozesses auch mit den betroffenen WTO-Mitgliedern abgestimmt.
Die Schutzmaßnahmen wurden im Juli 2018 vorläufig und im Februar 2019 in ihrer endgültigen Form eingeführt. Ziel war es, eine schwere Schädigung der EU-Stahlindustrie

infolge der zunehmenden Einfuhren und Handelsumlenkungen zu verhindern, die durch die einseitige Entscheidung der USA, im vergangenen Jahr Zölle auf Stahlerzeugnisse zu erheben, verursacht wurden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Die Durchführungsverordnung der Kommission mit Änderung der Schutzmaßnahmen
Die Handelsschutzmaßnahmen der EU

Mehr Reparieren, mehr Recyceln - Neue EU-Vorschriften für mehr Energieeffizienz von Haushaltsgeräten

Die Kommission hat am 1. Oktober neue Ökodesign-Maßnahmen für Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Geschirrspüler und Fernsehgeräte angenommen. Damit will sie den CO_2-Fußabdruck Europas verringern und die Energiekosten für die europäischen Verbraucher senken. Die Maßnahmen umfassen erstmals Anforderungen an die Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit und tragen zu den Zielen der Kreislaufwirtschaft bei, indem die Lebensdauer, Wartung, Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit von Geräten sowie die Handhabung von Altgeräten verbessert werden.
Die Kommission geht davon aus, dass durch diese Maßnahmen in Verbindung mit den am 11. März angenommenen Vorschriften zu Energielabels bis 2030 Endenergieeinsparungen von 167 TWh jährlich erzielt werden. Dies entspricht dem jährlichen Energieverbrauch Dänemarks und kommt einer Einsparung von über 46 Mio. t CO_2-Äquivalent gleich. Durch diese Maßnahmen können europäische Haushalte durchschnittlich 150 EUR im Jahr einsparen.
Diese Einsparungen kommen zu denjenigen hinzu, die durch die geltenden Anforderungen an das Ökodesign und die Energieverbrauchskennzeichnung erreicht werden, und bis 2020 jährlich bei rund 150 Mio. t RÖE (Mio. Tonnen Rohöleinheiten) liegen dürften. Dies entspricht etwa dem jährlichen Primärenergieverbrauch von Italien. Für die Verbraucher bedeutet dies bereits eine durchschnittliche Einsparung von bis zu 285 EUR pro Jahr bei ihren privaten Haushaltsenergiekosten.
Nach der Annahme werden die Texte in den kommenden Wochen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und treten 20 Tage danach in Kraft.
Nach einem Konsultationsprozess hat die Kommission zehn Durchführungsverordnungen zum Ökodesign angenommen, die Energieeffizienz- und andere Anforderungen für die folgenden Produktgruppen enthalten: Kühlgeräte, Waschmaschinen, Geschirrspüler, elektronische Displays (einschließlich Fernsehgeräte), Lichtquellen und separate Betriebsgeräte, externe Netzteile, Elektromotoren, Kühlgeräte mit Direktverkaufsfunktion (z. B. Kühlgeräte in Supermärkten, Verkaufsautomaten für Kaltgetränke), Transformatoren und Schweißgeräte. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen
Fragen und Antworten
Weitere Informationen über Energielabel und Ökodesign
Der Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle" im Rahmen der Strategie für die Energieunion

EU hat Medizin-Nobelpreisträger unterstützt

Der Nobelpreis für Medizin geht in diesem Jahr an William Kaelin (USA), Peter Ratcliffe (Großbritannien) und Gregg Semenza (USA) für ihre Entdeckung molekularer Mechanismen, mit denen Zellen den Sauerstoffgehalt wahrnehmen und sich daran anpassen. Die Europäische Kommission ist stolz darauf, dass Sir Peter Ratcliffe bei seinen Entdeckungen von der EU unterstützt wurde. Die Erkenntnisse der drei Forscher erhöhen unser Verständnis dafür, wie sich der Sauerstoffgehalt auf den Zellstoffwechsel und die physiologische Funktion auswirkt und ebnen den Weg für neue Wege zur Bekämpfung von Anämie, Krebs und anderen Krankheiten.
Carlos Moedas, Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, sagte dazu: „Ich gratuliere William G. Kaelin Jr., Sir Peter J. Ratcliffe und Gregg L. Semenza herzlich zu ihrer Leistung. Ich bin stolz darauf, dass die EU einen der diesjährigen Nobelpreisträger unterstützt hat, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sich die Zellen an Veränderungen des Sauerstoffgehalts anpassen, was der Schlüssel zur Bekämpfung einer großen Zahl von Krankheiten ist, denen unsere Gesellschaft ausgesetzt ist."
Als Vertreter der Universität Oxford beteiligte sich Sir Peter J. Ratcliffe an dem von der EU finanzierten EUROXY-Projekt, das auf Sauerstoffsensorkaskaden für neuartige Krebsbehandlungen abzielte. Dieses Verbundprojekt, das mit 8 Mio. Euro aus dem Sechsten Rahmenprogramm der EU für Wissenschaft und Forschung (RP6) gefördert wurde, konzentrierte sich darauf, adaptive Wege von Krebszellen zu identifizieren und solche Mechanismen zu unterbrechen, um Krebs zu beseitigen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Daily News vom 8. Okober 2019

Leitfaden für Anwendung der Vorschriften für die Entsendung von Arbeitnehmern veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 25. September einen Leitfaden für die korrekte Anwendung der Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern veröffentlicht. Damit sollen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und nationale Behörden dabei unterstützt werden, die eigenen Rechte besser zu kennen und die Vorschriften konsequent anzuwenden. In einem ebenfalls aktuell veröffentlichter Bericht zur Durchsetzung der Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern zieht die Kommission eine insgesamt positive Bilanz. Die entsprechende Richtlinie trat 2014 in Kraft und musste bis 2016 in nationales Recht umgesetzt werden.
Die Entsenderichtlinie sieht verschiedene Instrumente zur Bekämpfung von Betrug und Missbrauch sowie zur Verbesserung der administrativen Zusammenarbeit zwischen den nationalen, für Entsendungsfragen zuständigen Behörden vor.
Im Jahr 2017 wurden 2,8 Millionen Arbeitnehmer in einen anderen EU-Mitgliedsstaat entsendet, wo sie im Durchschnitt weniger als vier Monate blieben. Zwischen 2010 und 2017 ist die Anzahl entsandter Arbeitnehmer in der EU um 83 Prozent gestiegen, wobei fast die Hälfte im Bausektor tätig waren.
Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit für eine Reform der Richtlinie besteht. Die Kommission wird weiterhin mit den Mitgliedstaaten

zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Richtlinie vollständig und korrekt umgesetzt und in ganz Europa angewendet wird.
Die Europäische Arbeitsbehörde, die voraussichtlich im Oktober ihre Arbeit aufnehmen wird, wird bei der Bekämpfung des Missbrauchs in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen und alle beteiligten Akteure unterstützen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Kompletter Bericht
Pressemitteilung: Posted Workers: Commission reports better enforcement
Leitfaden für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Behörden

EU schützt geografische Angabe von Lebensmitteln noch stärker

Die Europäische Union soll einem multilateralen Vertrag zum Schutz von geografischen Angaben beitreten, der von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) verwaltet wird. Dies hat der Rat am 7. Oktober empfohlen. Die Mitgliedschaft im Genfer Akt des Lissabonner Abkommens ermöglicht es, den Schutz von Ursprungsbezeichnungen durch eine einzige Registrierung zu gewährleisten. Das bedeutet, dass nach dem offiziellen Beitritt der EU alle geografischen Angaben der EU grundsätzlich einen schnellen, hochrangigen und unbestimmten Schutz in anderen Mitgliedsländern der Genfer Akte erhalten können.

Zuvor hatte sich das Europäische Parlament in seiner Plenarsitzung für den Beitritt ausgesprochen. Landwirtschaftskommissar Phil Hogan begrüßte die Entscheidung und sagte dazu: „Ich begrüße die positive Entscheidung des Rates und des Parlaments, dass die EU Mitglied der Genfer Akte wird. Dies ist ein Schritt nach vorn, um unsere geografischen Angaben auf multilateraler Ebene besser zu schützen. Sie spiegeln die wertvolle geografische Vielfalt, Authentizität und das Know-how der EU in Bezug auf Agrarerzeugnisse, Lebensmittel und Getränke wider. Diese Mitgliedschaft wird den Schutz ergänzen, der bereits durch internationale bilaterale Abkommen gewährt wird." • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Die vollständige Pressemitteilung
Die geografischen Angaben von Produkten in der EU

München, Berlin, Stuttgart, Karlsruhe, Weimar und Heidelberg gehören zu Top-Kreativstädten in Europa

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission hat am 8. Oktober die zweite Ausgabe ihres Städtevergleichs „Kultur und Kreativität" veröffentlicht. Der Städtevergleich misst und fördert das kreative und kulturelle Potenzial europäischer Städte. Sechs deutsche Städte gehören in ihrer jeweiligen Kategorie zu den Top 5 der europäischen

Kultur- und Kreativstädte. Weimar gehört neben Paris, Florenz, Eindhoven, Budapest, Glasgow und Kopenhagen mit seinen Kulturstätten und kulturellen Einrichtungen zu den sieben Städten, die den Mix einer idealen europäischen Kultur- und Kreativstadt ausmachen würden.

Unter 20 europäischen Städten mit mehr als einer Million Einwohnern rangiert München auf Platz 2, Berlin auf Platz 5. Unter 40 Städten mit bis zu einer Million Einwohnern liegt Stuttgart ebenfalls auf Platz 5, Karlsruhe belegt in der Kategorie der Städte mit bis zu 500.000 Einwohnern Platz 2 und Weimar und Heidelberg Platz 2 und 3 von 79 Städten mit bis zu 250.000 Einwohnern.

Die erste Ausgabe des Städtevergleichs „Kultur und Kreativität" hat die lokalen Behörden in ganz Europa inspiriert. In Madrid (Spanien) wurden beispielsweise Daten aus dem Vergleichsinstrument genutzt, um zu ermitteln, auf welche kulturellen und kreativen Güter wie Denkmäler, Museen, Kinos, Theater und Kunstgalerien sich die Markenstrategie der spanischen Hauptstadt konzentrieren sollte, um die internationale Aufstellung der Stadt zu verbessern. Darauf veröffentlichte Madrid die neue Informationsbroschüre „Madrid – Zahlen und Fakten 2018", die das reiche kulturelle Leben der Stadt hervorhebt.
Der Städtevergleich half außerdem Győr (Ungarn) bei der Analyse des künftigen Investitionsbedarfs und lieferte wichtige Anhaltspunkte für die Entscheidung der Stadt, eine Kultur- und Kreativwirtschaftsstrategie für den Zeitraum 2019-2028 zu verabschieden, die bedeutende Maßnahmen wie die Schaffung von Kreativräumen für Künstler und eines Design-Zentrums umfasst.
Umeå (Schweden) nutzte das Instrument, um lokale Interessenträger dafür zu sensibilisieren, dass die Förderung eines nachhaltigen Wachstums nicht ohne Investitionen in Kultur auskommt.

Der Städtevergleich wurde von der Gemeinsamen Forschungsstelle , dem wissenschaftlichen Dienst der Kommission, entwickelt und wird von einem neuen Online-Tool begleitet, über das die Städte ihre eigenen Daten einfügen können, was eine eingehendere Erfassung und Bewertung ermöglicht.
Der Städtevergleich ist ein Instrument zur Unterstützung der EU-Politik im Kulturbereich: Er bildete unter anderem die Grundlage für die Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen im Rahmen der Neuen Europäischen Kulturagenda 2018 und zählt zu den Maßnahmen, die in den Europäischen Aktionsrahmen für das Kulturerbe aufgenommen wurden, um dazu beizutragen, dass das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 eine nachhaltige Wirkung erzielt.
Der Städtevergleich wird voraussichtlich wieder in zwei Jahren aktualisiert.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Pressemitteilung: Kommission lanciert neue Ausgabe des Städtevergleichs „Kultur und Kreativität" 2019
Website des Städtevergleichs „Kultur und Kreativität" (einschließlich des vollständigen Berichts, des interaktiven Online-Tools, Informationsblättern und Infografiken)
Memo

Erster „Horizon Impact Award“ - Deutsches Projekt für seltene Krankheiten gewinnt Preisgeld

Die Europäische Kommission hat die Gewinner des ersten Horizon Impact Award bekannt gegeben, einem Preis, der EU-geförderten Projekten aus Forschung und Innovation gewidmet ist, die gesellschaftliche Auswirkungen in ganz Europa und darüber hinaus haben. Das deutsche Gewinnerprojekt MANNO-CURE hat ein neues Medikament gegen eine seltene Krankheit entwickelt, die drei weiteren Gewinnerprojekte haben setzen sich gegen Kindesmissbrauch ein, erhöhen die Sicherheit beim Surfen im Internet und schützen die Küstengebiete vor den Auswirkungen des Klimawandels. Jeder der Gewinner erhält 10.000 Euro.
Jean-Eric Paquet, Generaldirektor für Forschung und Innovation der Kommission, gab die Gewinner auf den Europäischen Tagen für Forschung und Innovation in Brüssel bekannt. Eine unabhängige Jury wählte aus 10 Finalisten die Gewinnerprojekte aus.

Die Gewinnerprojekte:
- MANNO-CURE (Deutschland) hat die erste Langzeitmedikation zur Behandlung einer seltenen Krankheit namens Alpha-Mannosidose entwickelt. Das Medikament Lamzede ist bereits auf dem Markt erhältlich, was zu einer verbesserten Lebensqualität für die Patienten und die betroffenen Familien führt.
- CRYSP-TLS (Frankreich) stellte den Webnutzern ein verbessertes TLS-Protokoll zur Verfügung, das die digitale Sicherheit gewährleistet. Google Chrome, Mozilla Firefox und andere große Web-Browser setzen derzeit das TLS 1.3 ein, damit Bürger E-Mails abrufen, Online-Einkäufe tätigen oder sogar Steuern zahlen können, und zwar mit einem zuverlässigeren Webbrowser, der eine sichere Verbindung gewährleistet.
- SAFE (Großbritannien) entwickelte ein kostenloses Programm zur Prävention von Kindesmissbrauch, das bereits in 18 Sprachen übersetzt wurde und über 600.000 Familien in 22 Ländern erreichte. Das Trainingsprogramm wurde in Ländern in Afrika, Asien, der Karibik und Osteuropa durchgeführt.
- SMART-COASTS (Italien) hat einen systematischen Ansatz bei der Bewertung und Bewirtschaftung der europäischen Küsten, die zu zunehmender Erosion und Hochwasserrisiken geworden sind, sowie bei der Schaffung sicherer Küstenlebensräume entwickelt. Die bewährten Verfahren wurden in zahlreichen europäischen Ländern erfolgreich eingesetzt und von den wichtigsten politischen Akteuren in diesem Bereich übernommen.

Der Horizon Impact Award wurde im März dieses Jahres ins Leben gerufen wurde, soll den breiteren sozioökonomischen Nutzen von EU-Investitionen in Forschung und Innovation veranschaulichen und die Projektbegünstigten ermutigen, zu ermitteln, wie Forschungsergebnisse am besten verwaltet und genutzt werden können. Der Preis würdigt und belohnt die einflussreichsten und wirkungsvollsten Projektergebnisse im Rahmen von Horizon 2020, dem aktuellen Forschungs- und Innovationsprogramm der EU (2013-20) und seinem Vorläufer, dem 7. Rahmenprogramm.

Die Europäischen Tage für Forschung und Innovation, die vom 24. Bis 26. September in Brüssel stattgefunden haben, bieten Entscheidungsträgern, Industrie, Finanzen, Wissenschaft und Unternehmen Gelegenheit, die zukünftige Forschungs- und Innovationslandschaft der

EU zu diskutieren und zu gestalten und die strategischen Prioritäten von Horizon Europe, dem nächsten Forschungs- und Innovationsprogramm der EU (2021-27), zu diskutieren.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Die vollständige Pressemitteilung
Die Website des Horizon Impact Award

Deutscher Hersteller von eBike-Antrieben profitiert von EU-Investitionsoffensive

Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt dem Hersteller für eBike-Antriebssysteme Fazua GmbH 12 Mio. Euro zur Verfügung. Die in München ansässige Fazua GmbH will das Geld für den Ausbau des Unternehmens sowie für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten einsetzen. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Venture Debt-Produktes der EU-Bank, eine Art Risikokapital für innovative Unternehmen. Der Kredit ist durch eine Garantie des „Europäischen Fonds für strategische Investitionen" (EFSI), besser bekannt als „Juncker-Plan", abgesichert. Durch die Investitionsoffensive werden derzeit 972.000 kleine und mittlere Unternehmen in Europa unterstützt.
Das stark wachsende, 2013 gegründete Jungunternehmen fertigt leichte eBike-Antriebssysteme, die mit Motor und Batterie im Unterrohr der Fahrräder eingepasst sind. Seit Markteintritt hat Fazua einen Kundenstamm aufgebaut, der inzwischen mehr als 35 europäische Hersteller zählt, die Fahrräder in den Bereichen „eMountainbike", „eUrban", „eGravel" und „eRennrad" anbieten, wo Fazua eine führende Marktstellung innehat.
• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Die vollständige Pressemitteilung
Die Investitionsoffensive für Europa
EFSI: Projekte und Vereinbarungen

Zurück zur Übersicht

Europäische Woche der Regionen und Städte 2019: Workshop zu Regionalen Innovationsökosystemen in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt

Die Europäische Woche der Regionen und Städte (EWRC) vom 7.–10. Oktober 2019 bietet Städten und Regionen die Chance u. a. ihre Innovationsstrategien zu präsentieren und sich über Projekte auszutauschen. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe fand **am 8. Oktober** in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt ein Workshop zum Thema „The role of regional innovation ecosystems in the future of the EU" statt. In Kooperation mit fünf Partnerregionen, dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Sachsen-Anhalts und dem ERRIN-Netzwerk organisierte die Landesvertretung dieses Seminar, um regionale Maßnahmen zur Förderung der Innovation und intelligenten Spezialisierung darzustellen. Ziel war es, die mit der Spezialisierung einhergehende Diversität der regionalen Innovationssysteme zu verdeutlichen, um den Teilnehmern wertvolle Impulse für die Gestaltung einschlägiger Förderprogramme mitzugeben.

Die Moderatorin Pirita Lindholm (ERRIN) umriss zunächst aktuelle Entwicklungen im Bereich der Innovationssysteme. Begrüßenswert sei, dass die Kommission im Forschungsprogramm nach 2020 ein Instrument zur Verbindung der Innovationsökosysteme Europas eingerichtet habe. Man müsse zugleich bedeutende regionale Unterschiede im Sinne eines Bottom-up-Ansatzes auch zur Förderung von Synergien berücksichtigen.

Dr. Marcin Wajda (Mazowien, PL) skizzierte die Entwicklungen in der intelligenten Spezialisierung der Region. Man begreife die Innovationsstrategie als Grundlage, um anhand des unternehmerischen Entdeckungsprozesses wirtschaftliche Strukturen zu stärken und hiermit Entwicklungsunterschiede abzubauen.

André Mangelsdorf (Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt) betonte, dass die Stärkung von regionalen Innovationssystemen über entsprechende Governance-Strukturen einer laufenden Verfeinerung unterliege. In Sachsen-Anhalt sei man daher systematisch vorgegangen und habe strategische Leitmärkte herausgearbeitet, um relevante Akteure zusammenzubringen und innovative Kooperationen zu ermöglichen.

Jana Hadravova (Vysocina, CZ) stellte das innovationsfokussierte Bildungsprogramm in den Schulen der Region das. Mit Strukturfondsmitteln fördere man die praktische Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und die kreative Innovationsfähigkeit der Jugend.

Andreu Iranzo (Valencia, ES) schilderte die Umsetzung innovativer Finanzinstrumente zur Förderung der Sozialwirtschaft. Man habe insbesondere mit Mikrodarlehen und Wagniskapital positive Erfahrungen im KMU-Bereich gemacht.
Dr. Delyth Morgan (Wales, UK) umriss die Investitionen der Region in Forschung und Innovation zur Erhöhung der Partizipation walisischer Wissenschaftler an EU-Programmen und der Attraktivität für externe Forschende. Den Ausbau regionaler Kapazitäten wolle man nach Brexit anhand von Eigenmitteln fortsetzen.

Marcel Teunissen (Achterhoek, NL) stellte das grenzüberschreitende „Grenzhoppers"-Projekt zur Vernetzung der Regionen Achterhoek und Borken in Deutschland vor. Man habe die Zusammenarbeit u.a. durch Arbeitsgruppen in den Bereichen Industrie 4.0 und Robotik gestärkt und eine Business School eingerichtet.
Insgesamt stieß die Veranstaltung auf reges Interesse der rund 90 Teilnehmer, die sich aktiv an der Diskussion und den Vernetzungsmöglichkeiten beteiligten.
Für weitere Informationen: sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de. • *df*
Fotos: LV Sachsen-Anhalt

Ministerpräsident Dr. Haseloff spricht auf hochrangiger Kohlekonferenz

Am Mittwoch, den **09. Oktober**, nahm Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff in Brüssel als Sprecher an einer hochrangigen Kohlekonferenz des Ausschuss der Regionen teil. Er warb in seiner Rede für bessere europäische Rahmenbedingungen, um den Strukturwandel nachhaltig, erfolgreich und sozialverträglich zu gestalten. Der Kohleausstieg bringe erhebliche Veränderungen für Bürger und Unternehmen in den Revieren mit sich, verbunden mit Sorgen über steigende Energiekosten und mögliche Arbeitsplatzverluste. Es sei unser aller Verantwortung, neue Perspektiven zu

schaffen. Andernfalls drohten Abwanderung und der Wegfall von Kaufkraft und Wertschöpfungsketten.
Der Kohleausstieg Deutschlands ordne sich ein in die europäische und globale Klimapolitik, womit es auch im ureigenen Interesse der EU sei, dieses nationale Engagement zu unterstützen, so Haseloff. Die Bereitstellung geeigneter Förderinstrumente und weiterer Maßnahmen seitens der EU sei daher folgerichtig. Haseloff appellierte an die

Zusammenarbeit aller 41 europäischen Kohleregionen, um etwa im Beihilferegime Änderungen zu erzielen. Ebenso sei zusätzliches Geld für die Kohleregionen im nächsten EU-Haushalt notwendig. Er unterstützte dabei die Ankündigung der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, einen Fonds für den fairen Übergang einzurichten. Wichtig sei aber, dass die Mittel dezentral in den Regionen vergeben würden und nicht bei anderen Programmen gekürzt werde. Neben dem Ministerpräsidenten sprachen zudem EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger und hochrangige Vertreter aus Kohleländern wie Polen, Rumänien oder Spanien.

In Brüssel erreichte den Ministerpräsidenten die schreckliche Nachricht vom Anschlag auf eine Synagoge in Halle/Saale. Es fand noch während der Kohlekonferenz eine Schweigeminute für die Opfer statt. Angesichts der Ereignisse verkürzte Haseloff sein Besuchsprogramm und kehrte umgehend nach Deutschland zurück. • *dw*
Fotos: AdR und DW

Ausschreibungen

Zurück zur Übersicht

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Generaldirektion Mobilität und Verkehr (GD MOVE) — Ausschreibung der Stelle eines Hauptberaters (m/w) (Besoldungsgruppe AD 14) (Artikel 29 Absatz 2 des Statuts) — COM/2019/10390
Fundstelle: Abl.	C 331 A vom 2. Oktober 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:331A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	**4. November 2019**
Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Stufen des Verfahrens folgen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/

Gegenstand:	EUROPÄISCHE BANKENAUFSICHTSBEHÖRDE (EBA) Stellenausschreibung— Exekutivdirektor (m/w) (EBA TA 05/2019)
Fundstelle: Abl.	C 332 A vom 3. Oktober 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:332A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	**2. November 2019**
Antragsunterlagen:	Weitere Informationen zur EBA sind auf der EBA-Website abrufbar unter: www.eba.europa.eu.

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — EACEA/45/2019 Programm Erasmus+, Leitaktion 3 — Unterstützung politischer Reformen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Bereich Jugend
Fundstelle: Abl.	C 333 vom 4. Oktober 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:333:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	**19. November 2019**
Antragsunterlagen:	Die Anträge sind unter Verwendung des Online-Antragsformulars (e-Form) einzureichen. Das elektronische Antragsformular „eForm“ ist auf Deutsch, Englisch und Französisch unter folgender Internetadresse zu finden: http://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/forderung_de

Europaweit - EU-Programmierwoche 2019 startet mit Online-Kurs

Die diesjährige EU-Programmierwoche startet mit einem Online-Kurs, der Grund- und Sekundarschullehrern helfen soll, Programmieren und IT-Denken bei ihren Schülern einzuführen.
Bis zum 30. Oktober erhalten Pädagogen, die sich für den Online-Kurs anmelden, kostenlose Schulungsmaterialien, mit denen sie sich mit innovativen Ansätzen in den Bereichen Codierung, visuelle Programmiertools, Robotik und mehr vertraut machen können.

Die Europäische Kommission unterstutzt die EU Code Week im Zuge Ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt. In dem Aktionsplan für digitale Bildung ermutigt die Kommission insbesondere Schulen zur Beteiligung an der Initiative. Das Ziel ist es, bis 2020 die Hälfte aller Schulen in Europa zu erreichen. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 15/2019*

Weitere Informationen und die Links zu den Unterrichtsmaterialien finden Sie hier: Zur Website der EU Code Week

Maßnahmen der EU gegen Desinformation

Die Europäische Kommission hat am 7. Oktober eine Ausschreibung veröffentlicht, um eine digitale Plattform zur Bekämpfung von Desinformationen in Europa zu schaffen. Das Europäische Observatorium für digitale Medien soll als Plattform für Faktenprüfer, Wissenschaftler und Forscher dienen, um mit Medienorganisationen und Experten für Medienbildung zusammenzuarbeiten und aktiven Kontakt zu halten. Die Kommission hat es sich zusammen mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, den anderen EU-Organen und den Mitgliedstaaten zur Hauptpriorität gemacht, die Widerstandsfähigkeit der demokratischen Systeme der Union zu stärken.
Diese Ausschreibung ist Teil des Aktionsplans gegen Desinformationen vom Dezember 2018, in dem sich die Kommission verpflichtet hat, eine digitale Plattform zu finanzieren, die zur Schaffung eines Netzwerks unabhängiger Experten beitragen wird. Die Ausschreibung für diese Projekte ist mit einem Höchstbetrag von 2,5 Mio. Euro ausgeschrieben und noch **bis zum 16. Dezember 2019** offen.
Die im Rahmen des Aktionsplans gegen Desinformation und des Wahlpakets vom September 2018 ergriffenen Maßnahmen haben dazu beigetragen, Angriffe abzuschrecken und Desinformationsversuche aufzudecken. Die EU-Maßnahmen mobilisierten ein starkes Bündnis von Journalisten, Plattformen, Regierungen, nationalen Behörden, Forschern und der Zivilgesellschaft, um der Bedrohung zu begegnen. Auch wenn es für ein endgültiges Fazit noch zu früh ist, lässt sich klar erkennen, dass die gemeinsamen Anstrengungen dazu beigetragen haben, Angriffe auf die Europawahl zu verhindern und Versuche der Einmischung in unsere demokratischen Prozesse aufzudecken. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:
Factsheet: Aktionsplan gegen Desinformation – Fortschrittsbericht
Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans gegen Desinformation
Aktionsplan gegen Desinformation

Kontaktbörse

Zurück zur Übersicht

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank Link

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsgesuch Eureka Argentinien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**Partner zur Entwicklung eines autonomen Fahrzeuges mit IoT-Technologie für die Landwirtschaft gesucht** Ein argentinischer Obstproduzent mit Sitz in Patagonien und mit F&E-Kapazitäten im Bereich der Bild- und Datenverarbeitung und der Künstlichen Intelligenz will ein autonomes Fahrzeug zur Datenerhebung entwickeln, das dazu beiträgt, die Qualität und Quantität von Obst in Plantagen in allen Wachstumsphasen zu verbessern. Gesucht wird ein Partner mit Know-how in autonomen Fahrzeugtechnologien, um eine Forschungsvereinbarung im Rahmen des Eureka-Programms einzugehen. Die Suche richtet sich an KMUs, große Unternehmen oder Forschungseinrichtungen mit Entwicklungskompetenzen und Kenntnissen im Bereich der autonomen Fahrzeuge sowie mit Erfahrung in der kundenspezifischen Gestaltung von Fahrzeugen für Außenarbeiten über weite Strecken. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/3b7576aa-7252-4506-b87b-5b8e57211ffd Referenznummer: RDAR20190919001

Forschungsgesuch Horizon 2020 Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**KMU mit Interesse an cyberphysikalischen Systemen (CPS) und Robotik zur Verbesserung der Kleinserienproduktion gesucht** Ein spanisches KMU, das auf IKT-Lösungen spezialisiert ist und über umfangreiche Erfahrung in europäischen Projekten verfügt, arbeitet an einem Projektvorschlag im Rahmen des EU-Forschungsprogramms Horizon 2020. Dabei geht es um die Erforschung und Förderung der Verwendung von cyberphysikalischen Systemen (CPS) und Robotern für die Kleinserienproduktion verschiedener Produkttypen, einschließlich diskreter (z.B. elektronischer Geräte, Spielzeug, Schuhe) und kontinuierlicher (z.B. Flüssig-, Textil-, Pulver-) Fertigung, aber auch Bauwesen. Für Demonstrationsaufgaben werden KMU und Midcaps mit Interesse an CPS gesucht. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/f92ef212-b52c-4f9a-8650-f5796daecade Referenznummer: RDES20190930001
Technologiegesuch Schweden	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**Schwedisches Unternehmen sucht Experten für ASIC-Design und Computerarchitektur** Ein schwedisches KMU hat eine Kompressions-/Dekompressionstechnologie entwickelt, um mehr Informationen auf einem Speicherchip zu speichern. Die Technologie kann in System-on-a-Chip (SoC) für Smartphones, Tablets, Computer, Server, etc. implementiert werden. Das Unternehmen will die Technologie weiterentwickeln und sucht nun Experten für ASIC-Design (Application Specific Integrated Circuit) und Computerarchitektur, die an einem Forschungs- und/oder technischen Kooperationsvertrag interessiert sind. Zum Tätigkeitsfeld des Partners gehören leistungsstarkes Computing und

		Speichermanagement, insbesondere ASIC-Design/Physikalische Implementierung, Computerarchitektur (Speicherhierarchien/Management), IP-Blockentwicklung (Verteilung mit Verschlüsselung), SoC-Prozessorchip-Entwicklung und Linux-Kernel-Entwicklung im Zusammenhang mit Speicherverwaltung. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ec14873e-211e-4257-8f3c-1f21d299fe4a Referenznummer: TRSE20190812001
Technologiegesuch Griechenland	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	**Griechisches KMU sucht Partner zur Entwicklung nützlicher Mikroorganismen** Ein griechisches KMU bietet landwirtschaftliche Kulturen, Pestizide, Düngemittel und Pflanzenvermehrungsgut an und will eine neue Produktionslinie für eigene Produkte entwickeln. Bei diesen Produkten handelt es sich um nützliche Mikroorganismen (Bakterien, Pilze, Enzyme) für Milchproduktion, Biogasanlagen, Biodünger und Pharmazeutika. Das Unternehmen benötigt das entsprechende Know-how (Expertise in der Kultivierung und Vermehrung von nützlichen Mikroorganismen) von Unternehmen oder Beratern, die dieses im Rahmen der technischen Zusammenarbeit transferieren können. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/8b756f61-7ebb-4f7c-a9ae-3f0996899c60 Referenznummer: TRGR20190925001

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de

Büro intern / Tipp

Zurück zur Übersicht

Neu in der Landesvertretung – Hospitantin Andrea Lindemann

Mit noch ganz frischen Eindrücken bin ich gerade erst aus Luxemburg und Straßburg zurück. Dieser Besuch, organisiert durch die Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, stand ganz im Zeichen des europäischen Rechts und der Gerichte. Die mündliche Verhandlung eines Rechtsmittelverfahrens Ungarns gegen die Europäische Kommission am Europäischen Gerichtshof zeigte am Beispiel des EU-Beihilferechts sehr deutlich, wie komplex und schwierig diese Rechtsmaterie ist. Der Gerichtshof trägt eine hohe Verantwortung bei der Auslegung des EU-Rechts, um zu gewährleisten, dass es in allen EU-Mitgliedstaaten auf gleiche Weise angewendet wird. Doch hier scheint das vereinte Europa der Bürger weit weg zu sein. Darum ist es so immens wichtig, Entscheidungsprozesse und Entscheidungen auf europäischer Ebene dem Unionsbürger verständlicher zu machen. Diesem Anliegen widmet sich zum Beispiel der öffentlich-rechtliche europäische Kultursender ARTE. Ihm gelingt es, durch Kultur und innovative Programme das Verständnis und die Annäherung zwischen den Menschen in Europa zu fördern. Es war für mich sehr interessant am Sender in Straßburg zu erfahren, mit welchen Programmformaten ARTE diesem Anspruch gerecht werden will.

Nur wenige Tage später bin ich nun in Brüssel. Menschen verbinden – das will auch die „European Week of Regions and Cities“, die vom 7. bis 10. Oktober kommunalen Akteuren der Regionen und Städte, Fachleuten, Wissenschaftlern und europäischen Politikern eine Plattform bietet, ihr Wissen über die Regional- und Stadtentwicklung auszutauschen, über die Zukunft der Europäischen Union sowie über ein bürgernahes Europa zu debattieren. Mit mehreren tausend Teilnehmern ist die Europäische Woche der Regionen und Städte die größte europäische Veranstaltung dieser Art. Ich kann die Gelegenheit nutzen, im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme der Staatskanzlei unter dem Titel „Europa und Internationales“ während meiner derzeitigen Hospitanz an der Landesvertretung an einer Vielzahl von Veranstaltungen und Arbeitssitzungen der European Week teilzunehmen. Städte und Regionen sind wichtige Akteure bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen der Gegenwart. Das Thema „Nachhaltige Stadtentwicklung“ mit all seinen inhaltlichen Facetten, Problemen und Chancen passt perfekt zu meinem Arbeitsbereich Städtebau, Stadtentwicklung und Städtebauförderung im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. So wird der Blick über den „Tellerrand“ und das Kennenlernen wichtiger Netzwerke gewinnbringend sein.

Herzlichen Dank schon an dieser Stelle an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung, die mich freundlich aufgenommen haben. Es ist sehr interessant, Einblick in die tägliche Arbeit des Teams der Landesvertretung und in den Brüsseler Alltag zu erhalten. Es wird sicher eine spannende Zeit, da nach den Europawahlen auf dem Brüsseler Parkett viel in Bewegung ist und wichtige Entscheidungen anstehen. Die Zusammensetzung der künftigen Europäischen Kommission ist nur eine davon.

Andrea Lindemann
Referentin in der Abteilung „Städtebau und Bauaufsicht, Landesentwicklung“ des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle

GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.
Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational" hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.
In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Wie auf nationaler Ebene gibt es auch auf europäischer Ebene verschiedene Institutionen mit unterschiedlichen Aufgaben, Rechten und Pflichten, die in Zusammenarbeit alle Abläufe in der Europäischen Union sichern. In dieser Woche stehen die wichtigsten Organe der Europäischen Union im Fokus des Quiz.

1. Auf europäischer Ebene ist die Gesetzgebung Aufgabe des sogenannten „institutionellen Dreiecks". Welche der folgenden Institutionen ist nicht Teil des „Dreiecks" und somit nicht an der Gesetzgebung beteiligt?
A) Europäischer Rat
B) Europäisches Parlament
C) Europäische Kommission

2. Welche der folgenden Aussage(n) über die Organe der Europäischen Union ist bzw. sind richtig?
A) Der/Die KommissionspräsidentIn wird von dem Europäischen Rat gewählt.
B) Es gibt aus jedem Mitgliedstaat der EU nur eine Kommissarin bzw. einen Kommissar in der Europäischen Kommission.
C) Die Europäische Kommission ist nicht dazu berechtigt internationale Abkommen abzuschließen oder mit internationalen Organisationen zu verhandeln.
D) Mit einer Europäischen Bürgerinitiative können UnionsbürgerInnen dem EU-Parlament neue Gesetzgebungen vorschlagen.

3. Das EU-Parlament, der Ministerrat und die EU-Kommission werden von zwei Ausschüssen beraten und unterstützt: dem Ausschuss der Regionen sowie dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. In welchem Fall müssen EU-Parlament, Ministerrat und EU-Kommission den Ausschuss der Regionen zurate ziehen?
A) wenn zwischen diesen Institutionen Uneinigkeit in der EU-Gesetzgebung besteht
B) bei EU-Gesetzgebungen, die regionale Bereiche betreffen
C) wenn es zu Verständnisproblemen aufgrund von starken regionalen Dialekten in einem Mitgliedsstaat kommt

Lösung:

1. A) Neben dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission gehört der Rat der Europäischen Union, auch Ministerrat oder nur Rat genannt, zum „institutionellen Dreieck". Dieser ist nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat. Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- und Regierungschef der Mitgliederstaaten mehrmals im Jahr zu EU-Gipfeltreffen, um politische Ziele der EU festzulegen. Daher ist der Europäische Rat nicht an der Gesetzgebung beteiligt. Gesetzgeberisch tätig werden der Ministerrat und das Europäische Parlament, d. h. diese beiden Organe verabschieden gemeinsam und gleichberechtigt neue Gesetze, meist auf Initiative der Europäischen Kommission (Initiativrecht).

2. B) Der/Die PräsidentIn der Europäischen Kommission (derzeit Jean-Claude Juncker, voraussichtlich ab dem 01.11.2019 Ursula von der Leyen) wird vom Europäischen Rat nominiert, anschließend vom Europäischen Parlament auf fünf Jahre gewählt und erhält somit den Vorsitz der EU-Kommission. Diese setzt sich aus dem Kollegium der Kommission, den EU-KommissarInnen, zusammen, die von den Mitgliedsstaaten der EU nominiert und durch das Europäische Parlament bestätigt werden. Pro Mitgliedsstaat wird nur eine Kommissarin bzw. ein Kommissar nominiert. Die Kommissare handeln gemeinsam im Interesse der gesamten Union. Durch das Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren schlägt die EU-Kommission dem Parlament und dem Ministerrat neue Rechtsvorschriften vor. Aber auch UnionsbürgerInnen können aufgrund der Europäischen Bürgerinitiative die Kommission dazu auffordern, neue EU-Gesetze vorzuschlagen. Des Weiteren überwacht die EU-Kommission als sogenannte „Hüterin der Verträge" die Einhaltung des EU-Rechts durch alle Mitgliedsstaaten und kann gegebenenfalls Klage beim Europäischen Gerichtshof erheben. Zudem erhält die Kommission vom Ministerrat das Mandat für den Abschluss von Abkommen mit Drittstaaten und führt Verhandlungen mit internationalen Organisationen. Daher wird die EU-Kommission auch als „Stimme der EU in der Welt" bezeichnet.

3. B) Der Ausschuss der Regionen muss konsultiert werden, wenn die EU-Gesetzgebung regionale Bereiche betrifft. Er wurde im Jahr 1994 vor allem aus folgendem Grund errichtet: etwa drei Viertel aller EU-Gesetze werden auf lokaler oder regionaler Ebene umgesetzt. Daher ist ein Mitspracherecht der einzelnen Regionen an der Gesetzgebung durchaus sinnvoll. Insgesamt gehören derzeit 350 regional und lokal gewählte Vertreter aus allen EU-Mitgliedsstaaten zum Ausschuss der Regionen. Aus Deutschland befinden sich 24 VertreterInnen in diesem Ausschuss.

Neben Einzelheiten zu den Europäischen Institutionen informiert Sie das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle über weitere Abläufe, Hintergründe und Fakten zur Europäischen Union.
Gerne beantworten wie Ihre Fragen unter info@europedirect-halle.de oder stellen Ihnen Informationsmaterialien zu Verfügung.

Ihr Kontakt zu uns

Zurück zur Übersicht

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de
Telefon (Sekretariat) +32 2 741 09 31
Telefon (direkt) +32 2 741 09 – Durchwahl
Fax + 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen	☎	✉
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Andrea Lindemann (AL)	Hospitantin	...38	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	E-Mail
Rebecca Aspetti (RA)	Praktikantin	...14	E-Mail
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	E-Mail

Zurück zur Übersicht

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

Impressum

Herausgeber
Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin
Elke Andrea Große

Fotos
Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben oder Quelle: Internet

Layout
Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.